

Pflichtinformation - DS-GVO

E-Mail-Newsletter und Benachrichtigungen

1. Verarbeitungsspezifische Informationen

Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen	Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. Anna-Louisa-Karsch-Straße 2, 10178 Berlin, 030.206 329 738
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	per Post an vorbezeichnete Adresse, Zusatz: "Datenschutzbeauftragte(r)"; per E-Mail: datenschutz@helmholtz.de
Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen	Die Verarbeitung der E-Mail-Adresse des Nutzers dient dazu, den Newsletter zuzustellen und einen Missbrauch der Dienste oder der verwendeten E-Mail-Adresse zu verhindern.
Rechtsgrundlage für die Verarbeitung	Art. 6 Abs. 1 a) Ds-GVO
Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	Dienstleister der Webseite
Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden	Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Die E-Mail-Adresse des Nutzers wird demnach solange gespeichert, wie das Abonnement des Newsletters aktiv ist.

2. Erforderlichkeit der Datenerhebung

Die Speicherung der E-Mailadresse ist für den Versand der vom Nutzer gewünschten E-Mail notwendig.

3. Einwilligung des Betroffenen

Soweit die Verantwortliche personenbezogene Daten basierend auf einer Einwilligung verarbeitet, kann diese Einwilligung vom Betroffenen jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf berührt die bis zu Widerruf erfolgte Rechtmäßigkeit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten nicht.

4. Rechte des Betroffenen

Der Betroffene hat nach der DS-GVO folgende Rechte und Ansprüche gegen den Verantwortlichen:

- das Auskunftsrecht (Art. 15 DS-GVO),
- das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO),
- das Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO),
- das Recht Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO),
- das Recht auf Datenübertragung (Art. 20 DS-GVO) und
- das Recht auf Widerruf (Art. 21 DS-GVO).

5. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Der Betroffene hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gem. Art. 77 DS-GVO. Demgemäß kann sich jede betroffene Person unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedsstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes beschweren, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt.